

Hitzige Politik-Debatte um Personal der Musikschule

VON MONIKA KLEIN

LEVERKUSEN Die Musikschule soll bis zum Jahr 2022 rund ein Viertel ihres Personals auf Honorarbasis beschäftigen. Nach heftiger Diskussion stimmte der Betriebsausschuss KulturStadtLev mit der Mehrheit von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Opladen plus für die Festbeschreibung einer Quote von 74 Prozent Festangestellten zu 26 Prozent Honorarkräften für die nächsten acht Jahre. Erreicht werden soll dieses Verhältnis ohne Kündigungen, sondern durch natürliche Fluktuation. Musikschulleiter Jürgen Ohrem dürfte damit etwas leichter ums Herz sein.

Das Gutachten des Wirtschaftsprüferbüros KPMG zur Einsparung von einer Million Euro im städtischen Kulturetat hatte die Umstellung auf überwiegend Honorarverträge (vergütet mit 26,50 Euro brutto pro Stunde) empfohlen. Das hätte eine erhebliche Verschlechterung des Angebots und das Aus für die meisten der rund 50 Ensembles bedeutet. Ensembleleitung oder Musikfreizeiten sind mit Stundenkräften nicht zu realisieren.

Gleichzeitig hätte das für die Musikschule wohl eine extreme Personal-Fluktuation zur Folge gehabt. Honorarkräfte, die bei Krankheit und Urlaub nicht bezahlt werden und sich selbst sozial absichern müssen, bleiben nur so lange, bis sie irgendwo fest angestellt werden.

Jetzt hat Ohrem zumindest Planungssicherheit. Außerdem sei diese politische Entscheidung ein wichtiges Signal für sein Kollegium, in dem verständlicherweise seit dem KPMG-Gutachten Unruhe

herrsche. SPD und FDP wollten diese Entscheidung verschieben in die Runde „Kultur im Dialog“, die Kultur-Sparvorschläge sammelt und durchrechnen lässt. Diese Quote sei willkürlich, besser sollte der Schulleiter frei über das Verhältnis entscheiden können, begründete Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) ihre Ablehnung des Antrags. Dem schloss sich auch die SPD an.

Das war vielleicht gut gemeint, entspricht aber nicht der Realität. Derzeit beschäftigt die Musikschule Festangestellte und Honorarkräfte im Verhältnis 80 zu 20. Durch natürliche Fluktuation und Wiederbesetzungssperre hat die Verschlechterung schon begonnen. Er dürfe zwar die Einstellungsgespräche führen, aber nicht die Zahl der Feststellungen bestimmen, klärte Jürgen Ohrem auf. Die besagte Quote 74 zu 26 Prozent sei für ihn noch hinnehmbar. „Aber dann muss auch Schluss sein.“

Bernhard Marewski (CDU) forderte die SPD auf: „Machen Sie sich doch mal stark für die Arbeiter in der Stadt.“ Am Samstag noch bei der Demo mitzumarschieren und jetzt der Meinung der Verwaltung zuzustimmen, das sei beschämend. Heike Bunde (SPD) blieb dabei, die Stellungnahme der Verwaltung zu loben, die diese Quoten-Regelung mit allen Sparvorschlägen prüfen und dann ein Konzept vorlegen will.

Von der Kulturverwaltung habe es bisher keine klare Positionierung gegeben, schimpfte Marewski, die habe es nur durchgereicht und den Leiter mit Sprechverbot belegt. „Aber so blöd sind wir nicht, dass wir nicht wissen, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat.“